

Dieser Artikel wurde 2021 in der Zeitschrift für Parlamentsfragen veröffentlicht.

# Wer kandidiert für wen? Rekrutierungspotenziale politischer Parteien und kommunaler Wählergemeinschaften im Vergleich

*Markus Klein, Frederik Springer, Philipp Becker und Yvonne Lüdecke*

In Deutschland sind in den 16 Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament ca. 2.600 Mandate zu besetzen.<sup>1</sup> Ein Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern ist dabei nicht zu verzeichnen: Innerhalb der Parteien gibt es einen ausgeprägten Konkurrenzkampf um die aussichtsreichen Listenplätze, und die Zahl der bei den jeweiligen Wahlen von den verschiedenen Parteien auf ihren Listen aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten übersteigt die Zahl der zu vergebenden Mandate in aller Regel um ein Mehrfaches.

Etwas anders stellt sich die Situation im kommunalen Bereich dar. Hier gibt es stellenweise Schwierigkeiten, genügend Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zu den lokalen Vertretungskörperschaften zu finden.<sup>2</sup> In Deutschland sind in den Stadt- und Gemeinderäten, den Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen schätzungsweise 200.000 Mandate zu besetzen.<sup>3</sup> Angesichts der Tatsache, dass die sieben im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gegenwärtig über zusammen gut 1,2 Millionen Mitglieder verfügen<sup>4</sup>, scheint die Rekrutierung für kommunale Wahlen zunächst kein Problem darzustellen. Diese Einschätzung relativiert sich allerdings deutlich, wenn man in Rechnung stellt, dass nach den Befunden der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 nur gut ein Fünftel der Mitglieder der deutschen Parteien zur Gruppe der „ämterorientierten Aktive[n]“<sup>5</sup> gehört. Die Zahl der aktiven Parteimitglieder wäre dann zwar zur Besetzung der kommunalen Mandate rechnerisch voll ausreichend.

---

<sup>1</sup> Vgl. Markus Klein / Ulrich von Alemann / Tim Spier, Warum brauchen Parteien Mitglieder?, in: Tim Spier / Markus Klein / Ulrich von Alemann / Hanna Hoffmann / Annika Laux / Alexandra Nonnenmacher / Katharina Rohrbach (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 19 – 29, S. 25

<sup>2</sup> Vgl. hierzu beispielsweise mit Bezug auf die Kommunalwahlen 2020 in Bayern: Katharina Bromberger im Gespräch mit Ursula Münch, Kommunalwahlen 2020: Keine fähigen Kandidaten zu finden – „Das wäre ein Debakel“, in: Merkur.de vom 18. Februar 2020, <https://www.merkur.de/politik/kommunalwahl-bayern-ere1211475/kommunalwahl-2020-keine-faehigen-kandidatenzu-finden-waerein-debakel-13280558.html> (Abruf am 2. Mai 2020).

<sup>3</sup> Vgl. Markus Klein / Ulrich von Alemann / Tim Spier, a.a.O. (Fn. 1), S. 25

<sup>4</sup> Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2018, in: ZParl, 50. Jg. (2019), H. 2, S. 385 – 410

<sup>5</sup> Tim Spier, Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien?, in: Tim Spier / Markus Klein / Ulrich von Alemann / Hanna Hoffmann / Annika Laux / Alexandra Nonnenmacher / Katharina Rohrbach (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 97 – 120, S. 111.

Allerdings benötigen Wahlen mit echtem Wettbewerbscharakter eine deutlich größere Zahl von Kandidaten, als letztlich Mandate zu vergeben sind.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass auf kommunaler Ebene häufig auch Nicht-Mitglieder auf Parteilisten kandidieren. Das Rekrutierungspotenzial politischer Parteien bei kommunalen Wahlen ist also größer, als es die bloße Zahl der aktiven Parteimitglieder vermuten lässt. In Bezug auf die Frage, wie groß in der Bevölkerung unter den Nicht-Parteimitgliedern die Bereitschaft ist, sich für eine Partei bei Kommunalwahlen aufstellen zu lassen, existieren aber bislang kaum belastbare Informationen.

Anders als bei Landtags- und Bundestagswahlen haben die politischen Parteien bei Kommunalwahlen auch keine besondere Vorrangstellung bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten, denn es existiert mit den kommunalen Wählergemeinschaften<sup>6</sup> (KWG) ein zweiter wichtiger politischer Akteur.<sup>7</sup> In den süddeutschen Bundesländern waren diese schon seit Gründung der Bundesrepublik von großer Bedeutung.<sup>8</sup> In den anderen Bundesländern scheinen sie in den letzten Jahrzehnten wichtiger geworden zu sein.<sup>9</sup> Da kommunale Wählergemeinschaften in aller Regel formale Mitgliedschaft nicht zur Voraussetzung der Mitarbeit machen (und teilweise eine formale Mitgliedschaft auch gar nicht kennen<sup>10</sup>), ist ihr Rekrutierungspotenzial bei der Aufstellung von Listen für kommunale Wahlen nur äußerst schwer einzuschätzen. Auch in dieser Hinsicht liegen bislang keine belastbaren Zahlen vor.

Schließlich muss man beachten, dass sich auf kommunaler Ebene die Rekrutierungspotenziale der Parteien und der kommunalen Wählergemeinschaften teilweise überschneiden. So mag es für einige der an einer kommunalpolitischen Tätigkeit interessierten Bürgerinnen und

---

<sup>6</sup> Diese werden zuweilen auch als unabhängige bzw. freie Wählervereinigungen bezeichnet.

<sup>7</sup> Vgl. Marion Reiser / Everhard Holtmann, Alter und neuer Lokalismus – Zur Rolle und Bedeutung parteifreier kommunaler Wählergemeinschaften in Deutschland, in: Gesine Foljanty-Jost (Hrsg.), Kommunalreform in Deutschland und Japan, Wiesbaden 2009, S. 189 – 219

<sup>8</sup> Vgl. Marion Reiser / Christian Rademacher / Tobias Jaeck, Präsenz und Erfolg Kommunaler Wählergemeinschaften im Bundesländervergleich, in: Angelika Vetter (Hrsg.), Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden 2008, S. 123 – 148.

<sup>9</sup> Vgl. Hiltrud Naßmacher, Die Rathausparteien, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 173 – 191; Lars Holtkamp / Thomas R. Eimer, Totgesagte leben länger ... Kommunale Wählergemeinschaften in Westdeutschland, in: Uwe Jun / Henry Kreikenbom / Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt am Main 2006, S. 249 – 276; Everhard Holtmann, Parteifrei im Parteienstaat – Kommunale Wählergemeinschaften in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, in: Martin Morlok / Thomas Poguntke / Jens Walther (Hrsg.), Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative, Baden-Baden 2012, S. 25 – 50.

<sup>10</sup> Vgl. zu den Problemen bei der Bestimmung der Mitgliedschaft kommunaler Wählergemeinschaften für das Beispiel der Freien Wähler exemplarisch Jens Walther / Michael Angenendt, Freie Wähler zwischen Partei und Wählergemeinschaft. Mitglieder, Identität und Organisation, in: ZParl, 49. Jg. (2018), H. 2, S. 325 – 345, S. 330 f.

Bürger letztlich egal sein, ob sie auf der Liste einer Partei oder einer kommunalen Wählergemeinschaft kandidieren. Für ihre Entscheidung wird dann ausschlaggebend sein, von wem sie konkret angesprochen werden bzw. wo sie für sich persönlich die größeren Nominierungs- und Erfolgchancen sehen. Diese Überschneidung der Rekrutierungspotenziale ist unseres Wissens bislang überhaupt noch nicht Gegenstand wissenschaftlicher Analysen gewesen.

Für das Funktionieren der lokalen Demokratie ist es von elementarer Bedeutung, dass sich genug Menschen finden lassen, die bereit sind, innerhalb der kommunalen Vertretungskörperschaften Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Gleichwohl sind die Rekrutierungspotenziale politischer Parteien und kommunaler Wählergemeinschaften im Hinblick auf Kandidatinnen und Kandidaten für Mandate auf kommunaler Ebene bislang empirisch kaum erforscht. Dies gilt sowohl für ihre Größe als auch für die Determinanten der Zugehörigkeit zu diesen Potenzialen. Diese Forschungslücke versucht der vorliegende Beitrag zu schließen. Dabei wird zunächst der Frage nachgegangen, wie groß die Rekrutierungspotenziale von Parteien und kommunalen Wählergemeinschaften jeweils sind und wie stark sich diese überschneiden. Auch wird der Grad der Überschneidung dieser Rekrutierungspotenziale mit der formalen Parteimitgliedschaft bestimmt. Außerdem wird empirisch untersucht, wie sich die Determinanten der Bereitschaft zur Kandidatur auf einer Parteiliste systematisch von den Determinanten der Bereitschaft zur Kandidatur auf der Liste einer kommunalen Wählergemeinschaft unterscheiden. Erstreckt sich die Bereitschaft zur Kandidatur auf Parteien und kommunale Wählergemeinschaften, wird vermutlich noch einmal eine andere Kombination von Einflussfaktoren von Bedeutung sein.

## **1. Theoretische Vorüberlegungen**

Politische Parteien und kommunale Wählergemeinschaften sind zwei grundverschiedene kommunalpolitische Akteure. Der wichtigste Unterschied ist darin zu sehen, dass kommunale Wählergemeinschaften ihren Gestaltungsanspruch auf die kommunale Ebene beschränken, während Parteien nach den Bestimmungen des deutschen Parteiengesetzes auch auf landes- und/oder bundespolitischer Ebene aktiv sein müssen (§ 2 Parteiengesetz). Dieser Unterschied wird häufig zur Grundlage einer Definition des Begriffs der kommunalen Wählergemeinschaft gemacht. Demnach handelt es sich bei ihnen um „Verbindungen mehrerer Personen auf lokaler Ebene“<sup>11</sup>,

---

<sup>11</sup> Stefan Göhlert, Wählergemeinschaften in Deutschland: Eine Wahlstudie über Präsenz, Erfolge und Misserfolge im Licht von vier Kommunalwahlen, in: Marion Reiser / Adrienne Krappidel / Everhard Holtmann / Stefan Göhlert (Hrsg.), Parteilos im Parteienstaat. Kommunale Wählergemeinschaften – Elektorale Verankerung und soziales Profil im Ost-West-Vergleich, Jena 2008 (SFB 580 Mitteilungen, H. 25), S. 10 – 72, S. 12.

„die bei Kommunalwahlen zu den Vertretungskörperschaften antreten und keine Parteien im Sinne des Parteiengesetzes sind“<sup>12</sup>.

Aus diesem sehr grundlegenden Unterschied lassen sich bereits einige plausible Annahmen im Hinblick auf die Motivlage potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten für kommunale Mandate ableiten. Dabei ist insbesondere zu vermuten, dass die Bereitschaft zur Kandidatur für eine kommunale Wählergemeinschaft aufgrund deren Beschränkung auf die lokale Ebene allein vom kommunalpolitischen Interesse abhängig ist. Effekte des Interesses an der Landes- und/oder Bundespolitik sind hingegen nicht zu erwarten. Anders verhält sich dies bei der Bereitschaft zur kommunalen Kandidatur für eine Partei. Natürlich sollte auch hierfür das kommunalpolitische Interesse von Bedeutung sein. Vermutlich kommen aber Effekte des landes- und/oder bundespolitischen Interesses hinzu, da in Parteien stets auch Themen behandelt werden, die über die Ebene der Lokalpolitik hinausreichen. Außerdem wird die Übernahme lokaler Mandate in den Parteien regelmäßig als notwendige Voraussetzung für eine landes- oder bundespolitische Karriere betrachtet.

Die Selbstbeschränkung kommunaler Wählergemeinschaften auf den Bereich der Kommunalpolitik kann außerdem nach sich ziehen, dass die Zugangs- und Mitarbeitbarrieren bei kommunalen Wählergemeinschaften geringer sind als bei Parteien. Die Tatsache, dass landes- und bundespolitische Themen aus der konkreten Arbeit ausgeklammert sind, mag potenziellen Interessenten eher das Gefühl geben, kompetent und informiert mitdiskutieren zu können. Auch mag die Mitarbeit in kommunalen Wählergemeinschaften aufgrund ihres in aller Regel geringeren Formalisierungs- und Organisationsgrads weniger anspruchsvoll und voraussetzungsreich erscheinen als die Mitarbeit in einer Partei. Folglich dürfte die Bereitschaft zur Kandidatur für eine kommunale Wählergemeinschaft weniger stark von der individuellen Ressourcenausstattung einer Person abhängig sein als die Bereitschaft zur Kandidatur für eine politische Partei. So mögen insbesondere auch Personen ohne hohe formale Bildung für eine Kandidatur auf den Listen kommunaler Wählervereinigungen zu gewinnen sein.

Dem steht allerdings die Tatsache entgegen, dass sich kommunale Wählervereinigungen häufig als Zusammenschluss lokaler „Honoratioren“ verstehen.<sup>13</sup> In ihrem Selbstverständnis

---

<sup>12</sup> Marion Reiser / Adrienne Krappidel, Parteien ohne Parteilichkeit? Analyse zum Profil parteifreier Gruppierungen, in: Marion Reiser / Adrienne Krappidel / Everhard Holtmann / Stefan Göhlert (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 11), S. 74 – 102, S. 75. Um einen Grenzfall handelt es sich bei den „Freien Wählern“, die sich mittlerweile in allen Bundesländern auch in Parteiform organisiert haben und bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen kandidieren. Vgl. hierzu Hans Georg Wehling / Oliver Stortz, Freie Wähler, in: Frank Decker / Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2018, S. 333 – 340.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu Hans Georg Wehling / Oliver Stortz, a.a.O. (Fn. 12), S. 334 f.

wirken in Wählervereinigungen demnach besonders kompetente und fähige, im Beruf erfolgreiche Menschen zusammen, um gemeinsam die Geschicke vor Ort zu beeinflussen. Wenn sich dieses Selbstverständnis auch in den Eigenschaften ihrer potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten niederschlagen sollte, müsste die Wahrscheinlichkeit der Kandidatur auf der Liste einer Wählervereinigung mit dem beruflichen Status einer Person steigen.

Ein wesentliches Merkmal des Selbstverständnisses kommunaler Wählergemeinschaften ist zudem die Vorstellung, dass es in den Kommunen nicht um „echte“ Politik, sondern vielmehr um die Lösung praktischer Sachfragen gehe.<sup>14</sup> Kommunale Wählergemeinschaften fühlen sich daher einer ideologiefreien, pragmatischen Lösung konkreter Probleme vor Ort verpflichtet. Dies könnte dazu führen, dass Menschen, die sich zur politischen Mitte zählen, eher bereit sind, auf den Listen kommunaler Wählervereinigungen zu kandidieren. Mit zunehmender Extremität der ideologischen Selbsteinstufung einer Person sollte diese Bereitschaft sinken. Die Orientierung an praktischen, vermeintlich unpolitischen Problemen könnte kommunale Wählergemeinschaften darüber hinaus auch für Frauen attraktiver machen als Parteien. Zumindest lassen sich in der bisherigen Forschung Hinweise darauf finden, dass Frauen im Durchschnitt ein geringeres allgemeines politisches Interesse<sup>15</sup> und ein geringer ausgeprägtes Interesse an ideologisch motivierten Auseinandersetzungen haben.<sup>16</sup> Die Selbstinszenierung kommunaler Wählergemeinschaften als unideologische, politikferne Gruppierungen, die nichts mit den klassischen politischen Parteien gemein haben, kann darüber hinaus dazu führen, dass sie von politischer Unzufriedenheit profitieren. Michael Angenendt beschreibt sie daher auch als „a kind of populist actor in German local politics“<sup>17</sup>.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass Menschen, die mit der Politik unzufrieden sind, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auf den Listen kommunaler Wählergemeinschaften kandidieren als auf den Kommunalwahllisten von Parteien: Je größer die Unzufriedenheit mit der Demokratie, desto größer sollte die Wahrscheinlichkeit einer Kandidatur für kommunale Wählergemeinschaften sein. Für Parteien, die das politische System auf Landes- und Bundesebene maßgeblich prägen, sollte hingegen genau das Gegenteil gelten.

---

<sup>14</sup> Michael Angenendt, *Non-Partisan Groups in German Local Politics. Between Populism and ‘Politics as Usual’?*, in: *Review of Political Science*, 9. Jg. (2015), H. 3, S. 126 – 141, S. 133; Hans Georg Wehling / Oliver Stortz, a.a.O. (Fn. 12), S. 335.

<sup>15</sup> Vgl. u.a. Pippa Norris / Ronald Inglehart, *Rising Tide. Gender Equality and Cultural Change*, Cambridge 2003.

<sup>16</sup> Vgl. Wendy Stokes, *Women in Contemporary Politics*, Cambridge 2015, S. 32 f

<sup>17</sup> Michael Angenendt, a.a.O. (Fn. 14), S. 136 sowie außerdem ders., *Anti-Partyism in German Independent Local Lists: Empirical Insights from a Membership Study*, in: *German Politics*, 27. Jg. (2018), H. 3, S. 401 – 423.

Nicht unplausibel ist des Weiteren die Erwartung, dass die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst die Wahrscheinlichkeit erhöht, als Kandidat auf den kommunalen Listen von Parteien anzutreten. Hintergrund dieser Überlegung ist die Tatsache, dass die öffentliche Verwaltung in Deutschland bis heute zumindest teilweise parteipolitisch „kolonialisiert“ ist.<sup>18</sup> Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Bundes und der Länder können daher mit einem öffentlich sichtbaren Engagement für eine Partei unter Umständen Karrierevorteile erlangen. Darüber hinaus sind auf kommunaler Ebene eine große Zahl von beruflichen Positionen in den Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen sowie auf der Ebene der Landkreise zu vergeben. So lange diese Verwaltungen maßgeblich unter Kontrolle parteipolitischer Akteure stehen, sind auch auf diesem Feld berufliche Vorteile zu erwarten. Allerdings muss man einschränkend hinzufügen, dass infolge der Einführung der Direktwahlen eine steigende Zahl parteiunabhängiger Bürgermeister zu beobachten ist<sup>19</sup>, so dass sich dieser Mechanismus tendenziell abschwächen sollte.

In Bezug auf die Parteien wird häufig argumentiert, dass diese für junge Menschen immer weniger attraktiv seien, da sich diese nicht mehr langfristig an formale Organisationen binden wollten.<sup>20</sup> Wenn dies zutrifft, sollte man im Umkehrschluss daraus folgern können, dass kommunale Wählergemeinschaften größere Chancen als Parteien haben, junge Menschen zu einer Kandidatur bei kommunalen Wahlen zu bewegen.

Abschließend bleibt die Frage zu stellen, durch welche spezifischen Eigenschaften Personen gekennzeichnet sind, die sowohl für Parteien als auch für Wählergemeinschaften kandidieren würden. Hier kann spekuliert werden, dass deren vorrangiges Interesse darin besteht, Entscheidungen auf kommunaler Ebene in ihrem Sinne zu beeinflussen. Bei einer solchen Motivlage dürfte es in erster Linie darauf ankommen, überhaupt ein entsprechendes Mandat zu erlangen und die Art des Zugangs zu diesem Mandat letztlich von untergeordneter Bedeutung sein. Angesichts der Tatsache, dass auf kommunaler Ebene nicht zuletzt über die Hebesätze der Gewerbe- und der Grundsteuer sowie über Bebauungs- und Flächennutzungspläne entschieden

---

<sup>18</sup> Vgl. Wolfgang H. Lorig, Parteipolitik und öffentlicher Dienst: Personalrekrutierung und Personalpatronage in der öffentlichen Verwaltung, in: ZParl, 25. Jg. (1994), H. 1, S. 94 – 107; ders., Modernisierung des öffentlichen Dienstes. Politik und Verwaltungsmanagement in der bundesdeutschen Parteiendemokratie, Wiesbaden 2001; Sylvia Veit / Simon Scholz, Linking Administrative Career Patterns and Politicization: Signaling Effects in the Careers of Top Civil Servants in Germany, in: International Review of Administrative Science, 82. Jg. (2016), H. 3, S. 516 – 535.

<sup>19</sup> Vgl. Markus Klein / Yvonne Lüdecke, Ent-Parteipolitisierung und faktischer Konkurrenzausschluss bei Bürgermeister- und Landratswahlen. Eine empirische Analyse für Hessen (1993-2017), in: ZPol, 28. Jg. (2018), H. 1, S. 125 – 146

<sup>20</sup> Vgl. Wolfgang Gaiser / Martina Gille, Soziale und politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderungen, in: Thomas Rauschenbach / Walter Bien (Hrsg.), Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey, Weinheim / Basel 2012, S. 136 – 159; Larissa von Schwanenflügel, Partizipationsbiographien Jugendlicher: Zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit, Wiesbaden 2014, S. 26 – 45.

wird, scheint es plausibel zu erwarten, dass vor allem Personen mit Grundbesitz und/oder einem Gewerbebetrieb Interesse daran haben, Einfluss auf kommunalpolitische Entscheidungen zu gewinnen. Dementsprechend sollten zur Gruppe der Personen, die sowohl von Parteien als auch von Wählervereinigungen für eine Kandidatur zu gewinnen sind, primär Selbstständige, Freiberufler und Landwirte gehören.

Darüber hinaus sind aber auch viele Vereine von Zuwendungen und sonstigen Unterstützungsleistungen der Kommunen abhängig. Dies mag es für die Verantwortungsträger in diesen Vereinen rational erscheinen lassen, für kommunale Vertretungskörperschaften zu kandidieren, um dort die Interessen ihres jeweiligen Vereins besser durchsetzen zu können. Insofern sollen Personen, die in der Vereinslandschaft einer Gemeinde aktiv sind und dort Verantwortung tragen, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit bereit sein, sowohl für Parteien als auch für Wählervereinigungen zu kandidieren.

## **2. Datenbasis und Operationalisierungen**

Die hier präsentierten empirischen Analysen beruhen auf einer im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudie 2017 durchgeführten telefonischen Bevölkerungsbefragung. Bei dieser Befragung handelt es sich um eine disproportional geschichtete, national repräsentative Erhebung. Sie umfasst 1.001 aktuelle und weitere 1.001 ehemalige Parteimitglieder sowie 1.000 Personen, die noch nie Mitglied einer politischen Partei waren. Die Interviews wurden zwischen dem 20. März und dem 5. Mai 2017 erhoben. Da bei der Durchführung dieser Befragung nicht auf die Mitgliederverzeichnisse der Parteien zugegriffen werden konnte und ein Verzeichnis ehemaliger Parteimitglieder nicht existiert, mussten die aktuellen und ehemaligen Parteimitglieder im Rahmen von Screening-Interviews rekrutiert werden. Diese waren der eigentlichen Befragung vorgeschaltet und wurden vom Befragungsinstitut forsa zwischen dem 4. Oktober 2016 und dem 10. März 2017 im Rahmen des forsa-Bus, einer werktäglich erhobenen Mehrthemen-Befragung, durchgeführt. Das Programm enthielt Fragen, die in allen drei Befragtengruppen in identischer Form erhoben wurden, aber auch spezifische Fragen für aktuelle und ehemalige Parteimitglieder sowie für den Rest der Bevölkerung.

Für die Zwecke der hier berichteten empirischen Analysen wurden die Daten so gewichtet, dass die Anteile der aktuellen und ehemaligen Parteimitglieder ihren tatsächlichen Anteilen an der erwachsenen Bevölkerung entsprechen. Letztere wurden auf der Grundlage der Ergebnisse der Screening-Befragung geschätzt. Dabei ergab sich ein Anteil aktueller Parteimitglieder von 2,0 Prozent und ein Anteil ehemaliger Parteimitglieder von 6,0 Prozent. Zumindest der Anteil aktueller Parteimitglieder an der erwachsenen Bevölkerung kann dabei extern validiert

werden. Er lag im Jahr 2017 bei ca. 1,8 Prozent<sup>21</sup>, so dass unsere Gewichtung auf einer sehr guten Schätzung zu basieren scheint.

Zur Bestimmung der Rekrutierungspotenziale für kommunale Kandidatinnen und Kandidaten waren vier Fragen enthalten, die in allen drei Fragebogenvarianten in identischer Form gestellt wurden. In Bezug auf die Parteien wurde zunächst gefragt: „Haben sie schon einmal auf der Liste einer politischen Partei für ein Lokalparlament kandidiert?“<sup>22</sup> Gaben die Befragten dabei an, bislang noch nicht für eine Partei kandidiert zu haben, wurde folgende Nachfrage gestellt: „Und könnten Sie sich vorstellen, auf der Liste einer politischen Partei für ein Lokalparlament zu kandidieren?“ Als Rekrutierungspotenzial der Parteien werden dann alle diejenigen Personen betrachtet, die in der Vergangenheit für eine Partei kandidiert haben oder sich dies für die Zukunft vorstellen können. Eine gewisse Unschärfe scheint bei dieser Operationalisierung dadurch zu entstehen, dass nicht jede Person, die in der Vergangenheit auf der Liste einer Partei für ein kommunales Parlament kandidiert hat, dies notwendigerweise auch in Zukunft wieder tun würde. Gleichwohl war sie aber in der Vergangenheit durch die Parteien für eine Kandidatur mobilisierbar, so dass es aus unserer Sicht geboten ist, sie zum Rekrutierungspotenzial von Parteien hinzuzuzählen. Ganz analog erfolgt die Bestimmung des Rekrutierungspotenzials kommunaler Wählervereinigungen. Hier lauteten die beiden analysierten Fragen: „Haben Sie schon einmal auf der Liste einer parteiunabhängigen Wählergruppe wie zum Beispiel den Freien Wählern für ein Lokalparlament kandidiert?“<sup>23</sup> sowie „Und könnten Sie sich vorstellen, auf der Liste einer parteiunabhängigen Wählergruppe wie zum Beispiel den Freien Wählern für ein Lokalparlament zu kandidieren?“.

---

<sup>21</sup> Nach Angaben von Oskar Niedermayer, a.a.O. (Fn. 4), S. 390 hatten die sieben im Bundestag vertretenen Parteien zum Stichtag 31. Dezember 2017 insgesamt 1.228.081 Mitglieder. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland umfasste zu diesem Stichtag 69.254.205 volljährige Personen (errechnet aus den Angaben des Statistischen Bundesamts, Statistisches Jahrbuch 2019, Wiesbaden 2019, S. 31). Daraus ergibt sich ein Anteil von 1,8 Prozent. Eine Ungenauigkeit entsteht dabei allerdings dadurch, dass sich unter den Parteimitgliedern auch Minderjährige befinden. Unsere Befragung erfasst darüber hinaus Mitglieder aller Parteien, während sich die Zahlen von Niedermayer nur auf die aktuell im Bundestag befindlichen Parteien beziehen.

<sup>22</sup> Der Begriff des Lokalparlaments ist dabei eigentlich falsch, da es sich bei den uns interessierenden kommunalen Vertretungskörperschaften im strengen Sinne nicht um Parlamente handelt. Im alltäglichen Sprachgebrauch, aber auch in der lokalen Politikberichterstattung werden Stadt- und Gemeinderäte, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage dennoch regelmäßig als lokales oder kommunales „Parlament“ bezeichnet. Der von uns im Rahmen der Frageformulierung gewählte Begriff des „Lokalparlaments“ zielt auf größtmögliche Verständlichkeit für die Befragungspersonen ab. Die Interviewer waren dabei angewiesen, den Begriff des Lokalparlaments auf Nachfrage der Befragten wie folgt zu konkretisieren: „Gemeint sind hier Vertretungen auf Ebene der Landkreise, Städte, Gemeinden und Stadt- bzw. Ortsteile“

<sup>23</sup> In der Frage wird nicht der in der Wissenschaft gängige Begriff der „kommunalen Wählervereinigung“ verwendet, da nicht davon ausgegangen werden konnte, dass dieser allen Befragten geläufig ist. Der von uns im Rahmen der Frageformulierung gewählte Begriff der „parteiunabhängigen Wählergruppe“ zielt wiederum auf größtmögliche Verständlichkeit ab. Darüber hinaus wird mit den „Freien Wählern“ die am häufigsten vorzufindende kommunale Wählervereinigung als Veranschaulichungsbeispiel genannt.

Die Operationalisierung der im Rahmen der theoretischen Vorüberlegungen angesprochenen Prädiktoren bedarf in einigen Fällen keiner weiteren Erläuterung. Dies gilt für das Geschlecht und das Alter. Im Hinblick auf das politische Interesse ist anzumerken, dass dieses in den hier analysierten Daten getrennt nach Kommunal-, Landes und Bundespolitik erfasst wird<sup>24</sup>, was den Test der differenzierten theoretischen Erwartungen überhaupt erst ermöglicht. Die Extremität der ideologischen Selbsteinstufung wird über den Betrag der Abweichung von der Mitte-Position der klassischen Links-Rechts-Selbsteinstufung<sup>25</sup> und die politische Unzufriedenheit über die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie erfasst.<sup>26</sup> Die individuelle Ressourcenausstattung und der berufliche Status sind keine trennscharfen Konzepte, da letzterer einen Teilaspekt der Ressourcenausstattung ausmacht. Hier wird die formale Bildung herangezogen, die eindeutig der Ressourcenausstattung zugerechnet werden kann. Dabei wird zwischen Personen mit und ohne Abitur unterschieden. Den beruflichen Status bestimmen wir über die ISEI-Skala.<sup>27</sup> Die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst ist recht eindeutig zu erfassen.<sup>28</sup> Selbstständige, Freiberufler und Landwirte können ebenfalls trennscharf ermittelt werden<sup>29</sup>; sie werden für die Zwecke der empirischen Analyse zu einer Gruppe zusammengefasst. Nur sehr ungenau kann die Tätigkeit in Vereinen festgestellt werden. Im Rahmen der hier analysierten Daten wurde nur die Mitgliedschaft in Vereinen erfasst<sup>30</sup>, nicht aber eine etwaige Mitarbeit im Vorstand oder die Übernahme anderer Verantwortungsrollen. Darüber hinaus fragten die Interviewer nur, in welcher Art von Verein die Befragten Mitglied waren, nicht aber, in wie vielen

---

<sup>24</sup> Dabei wurde zunächst nach dem generellen politischen Interesse gefragt. Im unmittelbaren Anschluss erfolgte die Nachfrage „Und wenn man einmal nach unterschiedlichen Ebenen der Politik unterscheidet: Wie stark interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?“. Die gleiche Frage wurde dann noch für die „Landespolitik“ und die „Bundespolitik“ gestellt.

<sup>25</sup> „Ich hätte gerne auch von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Sagen Sie es mir bitte wieder mit der Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet sehr links, 10 bedeutet sehr rechts. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen. Wo würden Sie sich einstufen?“

<sup>26</sup> „Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

<sup>27</sup> Der International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI) dient dazu, dem mit einem bestimmten Beruf im Allgemeinen einhergehenden sozioökonomischen Status zu spezifizieren. Vgl. hierzu ausführlich Harry B. Ganzeboom / Paul M. De Graaf / Donald J. Treiman, A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status, in: Social Science Research, 21. Jg. (1992), H. 1, S. 1 – 56. Die dafür benötigte Unterscheidung der verschiedenen Berufe erfolgt aktuell gemäß der internationalen Standard-Klassifikation der Berufe 2008 (ISCO08). Grundlage für die komplexe Ermittlung des sozioökonomischen Status im Rahmen des Index bilden das Einkommen sowie die Bildungsjahre der Erwerbstätigen einer Berufsgruppe. Diese Informationen wiederum entstammen den Daten zu fast 200.000 Befragten aus dem International Social Survey Programme. Vgl. hierzu ausführlich Harry B. Ganzeboom, Questions and answers about ISEI-08, <http://www.harryganzeboom.nl/isco08/qa-isei-08.htm> (Abruf am 2. Mai 2020).

<sup>28</sup> Die entsprechende Frage lautet: „Sind bzw. waren Sie im öffentlichen Dienst tätig?“

<sup>29</sup> Die hierbei zugrundeliegende Frage lautet für Berufstätige: „Wie ist Ihre berufliche Stellung?“ und für früher Berufstätige: „Wie war bei Ihrer letzten beruflichen Tätigkeit Ihre berufliche Stellung?“

<sup>30</sup> Die Frage lautete: „Sind Sie Mitglied in einer oder mehreren Organisationen bzw. Vereinen? Wenn ja, in welchen Organisationen bzw. Vereinen sind Sie Mitglied? Gemeint sind z.B. Gewerkschaften, Sportvereine oder kirchliche Gruppen.“

Vereinen einer bestimmten Kategorie. Daher wurde eine Variable gebildet, die angibt, in wie vielen Arten von Vereinen eine Person Mitglied war, wobei zwischen Freizeitvereinen, der Freiwilligen Feuerwehr, Wohlfahrtsverbänden sowie Traditions- und Heimatvereinen unterschieden wurde.<sup>31</sup> Wir gehen dabei von der Annahme aus, dass mit einer starken Integration in die lokale Vereinslandschaft eine höhere Wahrscheinlichkeit einhergeht, in mindestens einem Verein auch Verantwortung zu tragen.

### **3. Empirische Befunde**

#### **3.1. Die Rekrutierungspotenziale von Parteien und kommunalen Wählergemeinschaften**

Bei der Bevölkerungsbefragung der deutschen Parteimitgliederstudie 2017 gaben 6,2 Prozent der Befragten an, in der Vergangenheit bereits einmal auf der Liste einer Partei für ein Lokalparlament kandidiert zu haben (vgl. Tabelle 1). Weitere 13,5 Prozent konnten sich prinzipiell vorstellen, dies in Zukunft zu tun. Rechnet man beide Zahlen zusammen, dann umfasst das Rekrutierungspotenzial der Parteien für Kandidaten bei kommunalen Wahlen mit 19,7 Prozent folglich knapp ein Fünftel der Bevölkerung. Dies ist insofern bemerkenswert, als das Rekrutierungspotenzial der Parteien weitaus größer ist, als es die Bevölkerungsanteile ihrer aktuellen und ehemaligen Mitglieder (zusammen 8,0 Prozent) eigentlich erwarten lassen. Offensichtlich ließe sich also auch eine größere Zahl von Nicht-Mitgliedern für eine Kandidatur auf den Listen von Parteien gewinnen.

Etwas kleiner fallen die Zahlen bei den kommunalen Wählergemeinschaften aus. Hier haben 3,4 Prozent der Befragten bereits einmal auf einer Kommunalwahlliste kandidiert, und weitere 12,4 Prozent gaben an, sich dies prinzipiell vorstellen zu können. Das Rekrutierungspotenzial der kommunalen Wählergemeinschaften umfasst folglich 15,8 Prozent der Bevölkerung.

#### ***[Tabelle 1]***

Ist man an der Größe des Kandidatenpools für kommunale Wahlen in der Bevölkerung insgesamt interessiert, dürfen die ermittelten Rekrutierungspotenziale von Parteien und kommunalen Wählergemeinschaften aber nicht einfach addiert werden, denn einzelne Personen können in der Vergangenheit durchaus sowohl für eine Partei als auch für eine Wählergemeinschaft kandidiert haben und die Bereitschaft für eine Kandidatur kann sich in Zukunft durchaus auch auf beide politische Gruppierungen erstrecken. In Tabelle 2 sind daher die Rekrutierungspotenziale

---

<sup>31</sup> Die entsprechende Variable „Vereinsmitgliedschaften“ weist dementsprechend den Wertebereich 0 bis 4 auf.

von Parteien und kommunalen Wählergemeinschaften in einer verschränkten Betrachtung dargestellt. Dabei zeigt sich zunächst, dass knapp drei Viertel der Bevölkerung weder von den Parteien noch von den kommunalen Wählergemeinschaften für eine Kandidatur auf lokaler Ebene gewonnen werden können (Nicht-Mobilisierbare). Weitere 9,9 Prozent würden nur für eine Partei (Partei-Potenzial) und 6,1 Prozent nur für eine kommunale Wählergemeinschaft kandidieren (KWG-Potenzial). Immerhin 9,6 Prozent der Befragten würden auf der Liste sowohl einer Partei als auch einer kommunalen Wählergemeinschaft kandidieren (flexibles Potenzial). Diese Gruppeneinteilung wird im Folgenden die abhängige Variable darstellen.

### *[Tabelle 2]*

Dass die Bereitschaft zur Kandidatur auf der lokalen Liste einer Partei nicht unabhängig ist von der Mitgliedschaft, ist eine naheliegende Erwartung; und tatsächlich gehören 65 Prozent der aktuellen Parteimitglieder zum Partei-Potenzial oder zum flexiblen Potenzial und sind folglich prinzipiell für eine Kandidatur auf der Liste einer Partei zu gewinnen. Immerhin knapp 17 Prozent der Parteimitglieder würden sowohl für eine Partei als auch für eine kommunale Wählergruppe kandidieren, knapp zwei Prozent nur für eine Wählergemeinschaft. Nicht zu einer Kandidatur bereit war exakt ein Drittel der Parteimitglieder. Unter den ehemaligen Parteimitgliedern lag das Rekrutierungspotenzial der Parteien mit 43,3 Prozent erwartungsgemäß niedriger. Gut die Hälfte der Ehemaligen ließe sich nicht als Kandidat für kommunale Wahlen rekrutieren. Besonders hervorzuheben ist aber der Befund für die Personen, die nicht Parteimitglied sind und auch nie waren. Hier waren immerhin 17 Prozent bereit, auf der Liste einer Partei zu kandidieren. Das Rekrutierungspotenzial der kommunalen Wählergemeinschaften ist mit 15,3 Prozent nur geringfügig niedriger. Interessant ist, dass immerhin neun Prozent der Personen, die kein Parteimitglied sind und auch noch nie waren, ihre Bereitschaft zur Kandidatur auf den Kommunalwahllisten sowohl politischer Parteien als auch kommunaler Wählergemeinschaften erklärten. Gut drei Viertel von ihnen waren zu keiner wie auch immer gearteten Kandidatur bereit.

### **3.2 Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Rekrutierungspotenziale von Parteien und kommunalen Wählergemeinschaften**

In einem ersten, der multivariaten Analyse vorgeschalteten Schritt wird die sozialstrukturelle Zusammensetzung der vier Gruppen betrachtet, konkret die Merkmale Geschlecht, Alter, formale Bildung, Tätigkeit im öffentlichen Dienst und Selbstständigkeit (vgl. Tabelle 3).

Das Partei-Potenzial besteht zu knapp zwei Dritteln aus Männern. Ähnlich verhält es sich beim flexiblen Potenzial: Hier beträgt der Männeranteil 61,2 Prozent. Das KWG-Potenzial zeichnet sich demgegenüber durch ein nahezu ausgeglichenes Geschlechterverhältnis aus, wobei die Frauen sogar leicht mit 51,1 Prozent überwiegen. Dies entspricht zwar nicht ganz der Verteilung bei den Nicht-Mobilisierbaren, aber es ist deutlich zu erkennen, dass – in Übereinstimmung mit unseren theoretischen Erwartungen – auf kommunaler Ebene Frauen offensichtlich eher dazu neigen, für kommunale Wählergemeinschaften zu kandidieren als für Parteien.

Im Hinblick auf das Alter fällt ins Auge, dass das Partei-Potenzial mit durchschnittlich 51,5 Jahren etwas älter ist als das flexible Potenzial mit 50,1 Jahren und insbesondere das KWG-Potenzial mit 46,7 Jahren. Damit scheint sich zunächst die Erwartung zu bestätigen, dass kommunale Wählervereinigungen aufgrund des geringeren Formalisierungs- und Verbindlichkeitsgrads für junge Menschen attraktiver sind als politische Parteien.

Bezüglich der formalen Bildung gilt, dass Abiturienten eine höhere Bereitschaft besitzen, überhaupt auf kommunaler Ebene zu kandidieren. Bei den Nicht-Mobilisierbaren ist der Abiturientenanteil mit 52,2 Prozent dementsprechend am geringsten. Der Anteil der Abiturienten ist am höchsten beim flexiblen Potenzial (77,0 Prozent), gefolgt vom Partei-Potenzial (67,4 Prozent) und dem KWG-Potenzial (62,9 Prozent). In Übereinstimmung mit unseren theoretischen Erwartungen deutet sich an dieser Stelle also an, dass eine Kandidatur für kommunale Wählergemeinschaften tendenziell geringere Ressourcen voraussetzt.

### *[Tabelle 3]*

Überaus interessante Muster zeigen sich bei den Merkmalen Tätigkeit im öffentlichen Dienst und Selbstständigkeit. Hier fällt vor allem ins Auge, dass im flexiblen Potenzial der Anteil der Personen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, am geringsten und der Anteil der Selbstständigen am höchsten ist. Das Partei-Potenzial ist zwar im Vergleich zu den Nicht-Mobilisierbaren immer noch überdurchschnittlich häufig selbstständig; dabei fällt aber besonders der hohe Anteil von Beschäftigten im öffentlichen Dienst ins Auge. Auch diese Muster decken sich tendenziell mit den theoretischen Erwartungen.

### **3.3 Determinanten der Bereitschaft für eine lokale Kandidatur auf den Listen von Parteien und/oder kommunalen Wählergemeinschaften**

Die Determinanten der Bereitschaft, auf kommunaler Ebene zu kandidieren, wurden im Rahmen einer multinomialen logistischen Regression untersucht. Die Verwendung dieses Verfahrens war insofern geboten, als die von uns entwickelte Typologie eine Variable mit nominalem

Skalenniveau und vier Ausprägungen ist. Im Rahmen einer multinomialen logistischen Regressionsanalyse werden alle logisch möglichen Kontraste der Ausprägungen der abhängigen Variablen separat untersucht. In unserem Fall ergeben sich dabei sechs mögliche Gegenüberstellungen. Für jeden dieser Kontraste wird dann untersucht, wie sich die im Modell berücksichtigten unabhängigen Variablen auf die Zugehörigkeit zu den beiden im Rahmen eines Kontrasts einander gegenübergestellten Ausprägungen auswirken. Da es sich um ein multivariates Analyseverfahren handelt, erfolgt die Schätzung der Effekte dabei unter wechselseitiger Kontrolle der unabhängigen Variablen. In unserem Modell finden alle oben diskutierten potenziellen Prädiktoren als unabhängige Variablen Berücksichtigung. Hinzu kommen mit der Parteiidentifikation<sup>32</sup>, der sogenannten internal<sup>33</sup> und external<sup>34</sup> political efficacy sowie der aktuellen oder ehemaligen Mitgliedschaft in einer Partei einige wichtige Kontrollvariablen (vgl. Tabelle 4).

#### **[Tabelle 4]**

In Bezug auf das Geschlecht ist zunächst festzustellen, dass Männer eher zum Partei-Potenzial gehören als Frauen. Dies gilt sowohl im Kontrast zu den Nicht-Mobilisierbaren als auch in den Gegenüberstellungen zum KWG- und zum flexiblen Potenzial. Männer gehören darüber hinaus eher zum flexiblen Potenzial als zur Gruppe der Nicht-Mobilisierbaren. Damit bestätigt sich unsere theoretische Erwartung, dass Männer leichter durch Parteien zu mobilisieren sind als Frauen, während hinsichtlich einer potenziellen Kandidatur für kommunale Wählergemeinschaften das Geschlecht weitgehend unbedeutend ist.

Beim Alter zeigt sich die Tendenz, dass mit steigendem Alter im Vergleich zur Zugehörigkeit zu den Nicht-Mobilisierbaren die Zugehörigkeit sowohl zum Partei-Potenzial als auch zum flexiblen Potenzial unwahrscheinlicher wird. Darüber hinaus erhöht sich mit fortschreitendem Alter die Wahrscheinlichkeit, eher zum KWG- als zum flexiblen Potenzial zu gehören. Kommunale Wählergemeinschaften scheinen ältere Menschen folglich eher für eine Kandida-

---

<sup>32</sup> Das Vorliegen einer Parteiidentifikation wurde mit folgender Frage erfasst: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?“

<sup>33</sup> Die „internal political efficacy“ wurde über die beiden folgenden Items erfasst: „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht“ sowie „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen“. Die Zustimmung wurde jeweils über eine fünfstufige Skala erfasst. Das erste Item wurde zunächst umgepolt und anschließend wurden die Skalenwerte dann addiert, so dass sich eine Skala mit den Ausprägungen 2 bis 10 ergab

<sup>34</sup> Die „external political efficacy“ wurde über die beiden folgenden Items erfasst: „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was die Leute denken“ sowie „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“. Die Zustimmung wurde jeweils über eine fünfstufige Skala erfasst. Das erste Item wurde zunächst umgepolt und anschließend wurden die Skalenwerte dann addiert, so dass sich eine Skala mit den Ausprägungen 2 bis 10 ergab

tur gewinnen zu können als politische Parteien. Dies widerspricht den theoretischen Erwartungen und auch den Befunden der bivariaten Analysen. Die beobachteten Effekte könnten auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass kommunale Kandidaturen für Parteien häufig Teil einer längerfristig angelegten politischen Karriereplanung sind. In höherem Alter wird eine solche Karriereplanung aber zunehmend unwahrscheinlicher. Möglicherweise bieten kommunale Wählergemeinschaften auch im Ruhestand befindlichen Personen ein ehrenamtliches Betätigungsfeld.

In Bezug auf die formale Bildung gilt, dass Personen mit Abitur in der Gegenüberstellung zu den Nicht-Mobilisierbaren eher dem flexiblen Potenzial angehören. Unsere Annahme, dass Personen mit geringer formaler Bildung leichter durch kommunale Wählervereinigungen zu mobilisieren sind als durch Parteien bestätigt sich folglich nicht. Eine hohe formale Bildung scheint vielmehr generell die Wahrscheinlichkeit einer Kandidatur zu erhöhen, und zwar unabhängig von der konkreten Trägergruppe einer Kommunalwahlliste.

Im Hinblick auf den beruflichen Status ist festzustellen, dass Personen mit einem hohen Status eher zum KWG-Potenzial gehören als zu den Nicht-Mobilisierbaren und dem Partei-Potenzial. In Bezug auf diese beiden Kontrastgruppen gehören sie auch eher zum flexiblen Potenzial. Dass sich der berufliche Status positiv auf die Zugehörigkeit zum KWG-Potenzial auswirkt, war angesichts des Selbstbildes einiger kommunaler Wählervereinigungen als „Honoratiorenvereinigungen“ theoretisch erwartet worden. Der positive Effekt auf die Zugehörigkeit zum flexiblen Potenzial ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine Begleiterscheinung der von uns behaupteten höheren Bereitschaft von Selbständigen und Freiberuflern, für beide Gruppierungen zu kandidieren.

Mit der Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst geht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit einher, zum Partei-Potenzial zu gehören. Dies zeigt sich bei allen drei Kontrasten, an denen das Partei-Potenzial beteiligt ist. Dies entspricht sehr klar den theoretischen Erwartungen.

Etwas differenzierter zu bewerten sind die Effekte, die von der beruflichen Selbstständigkeit ausgehen. So fallen Selbstständige in der Gegenüberstellung zu den Nicht-Mobilisierbaren und dem KWG-Potenzial eher in das flexible Potenzial. Auch dies deckt sich mit den oben formulierten theoretischen Erwartungen. Gleichzeitig zeigt sich im Vergleich zu diesen beiden Kontrastgruppen aber auch eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dem Partei-Potenzial zuzugehören. Diese Effekte hatten wir theoretisch nicht erwartet. Sie können inhaltlich dahingehend interpretiert werden, dass Selbstständige aufgrund ihrer höheren zeitlichen Autonomie und Flexibilität auch eher für eine Kandidatur für Parteien zu gewinnen sind.

Die Distanz zur Mitte erweist sich für die Bereitschaft zu einer kommunalen Kandidatur als weitgehend bedeutungslos. Nur in Bezug auf einen einzigen Kontrast ergibt sich ein nicht erwartungskonformer signifikanter Effekt.

Je stärker die Integration in die Vereinslandschaft, desto eher gehören Menschen zum flexiblen Potenzial. Dies gilt bei allen drei relevanten Kontrasten. Obgleich die Übernahme von Verantwortungsrollen in Vereinen mit der gewählten Operationalisierung nur unvollkommen abgebildet werden kann, zeigen sich die theoretisch erwarteten Effekte in sehr klarer Weise.

Dies gilt auch in Bezug auf das politische Interesse. Mit dem kommunalpolitischen Interesse sinkt die Wahrscheinlichkeit zu den Nicht-Mobilisierbaren zu gehören, und zwar sowohl in der Gegenüberstellung zum Partei-Potenzial als auch bei den Kontrasten zum KWG und zum flexiblen Potenzial. Effekte des landespolitischen Interesses lassen sich nicht beobachten. In Übereinstimmung mit den theoretischen Erwartungen gehören Personen mit einem hohen bundespolitischen Interesse dann aber eher zum Partei-Potenzial, und zwar in den jeweiligen Kontrasten zu allen anderen hier untersuchten Gruppen.

Ebenfalls erwartungskonform sind die beobachteten Effekte der Demokratiezufriedenheit. Bei allen drei relevanten Kontrasten führt diese zu einer geringeren Wahrscheinlichkeit, dem KWG-Potenzial zuzugehören.

Der Blick auf die Kontrollvariablen offenbart, dass Personen mit einer Parteiidentifikation in allen drei logisch möglichen Kontrasten seltener zum KWG-Potenzial gehören. Positive Effekte auf die Bereitschaft, für eine Partei zu kandidieren, zeigen sich hingegen nicht.

Mit einer ausgeprägten „internal efficacy“ sinkt zunächst in allen entsprechenden Kontrasten die Wahrscheinlichkeit, in die Gruppe der Nicht-Mobilisierbaren zu fallen. Darüber hinaus steigt in den Kontrasten zum Partei- und zum FWG-Potenzial die Wahrscheinlichkeit, dem flexiblen Potenzial zuzugehören. Diese Effekte sind nicht weiter überraschend und zeigen einmal mehr die überragende Bedeutung von Selbstwirksamkeitsüberzeugungen bei der Erklärung politischer Partizipation. Von der „external efficacy“ gehen hingegen keine signifikanten Effekte aus.

Hingegen zeigt sich eine Tendenz, dass aktuelle Parteimitglieder häufiger dem Partei-Potenzial als den anderen drei Gruppen zugehören. Bei den ehemaligen Parteimitgliedern gilt dies zumindest in der Gegenüberstellung zu einer Zugehörigkeit zu den Nicht-Mobilisierbaren bzw. dem KWG-Potenzial. Darüber hinaus fallen ehemalige Parteimitglieder häufiger in das flexible Potenzial als in das der Nicht-Mobilisierbaren.

#### **4. Hohe Bereitschaft zur Kandidatur mit teilweise problematischen Motiven**

Ohne eine hinreichend große Zahl von Kandidatinnen und Kandidaten bei Kommunalwahlen ist eine lebendige lokale Demokratie nicht vorstellbar. Im Hinblick auf die Größe des entsprechenden Rekrutierungspotenzials politischer Parteien und kommunaler Wählergemeinschaften sind die Ergebnisse der hier berichteten empirischen Analysen zunächst ermutigend. So ist immerhin ein Viertel der Bevölkerung prinzipiell für eine solche Kandidatur mobilisierbar. Die Bereitschaft zur Kandidatur erstreckt sich dabei etwas häufiger auf die Parteien (19,5 Prozent) als auf die kommunalen Wählergemeinschaften (15,7 Prozent). Immerhin knapp zehn Prozent der Bevölkerung sind von beiden Gruppierungen erreichbar. Außerdem fällt auf, dass die Parteien in erheblichem Umfang auch Personen mobilisieren können, die nicht zu ihren Mitgliedern zählen. Die Zahl der aktiven Mitglieder von Parteien kann daher auf lokaler Ebene auch nicht als alleiniger Indikator ihrer Mobilisierungsfähigkeit gelten.

Richtet man den Blick auf die Determinanten der Bereitschaft für eine Kandidatur, fällt insbesondere der positive Effekt des bundespolitischen Interesses ins Auge. Darin spiegelt sich die Tatsache wider, dass die Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland diejenigen Akteure sind, die das bundespolitische Geschehen im Leben vor Ort sichtbar und greifbar machen und über die Kommune hinausweisende politische Beteiligung ermöglichen. Als umso problematischer muss die Tatsache erscheinen, dass Frauen seltener zu einer kommunalen Kandidatur für Parteien bereit sind als Männer. Die oft beklagte Unterrepräsentation von Frauen in der parlamentarischen Demokratie hat hier ihre Wurzeln.

In Bezug auf die Kandidatur für eine kommunale Wählergemeinschaft ist vor diesem Hintergrund dann auch zunächst positiv anzumerken, dass dabei kein Effekt des Geschlechts zu beobachten ist. Kommunale Wählergemeinschaften sprechen folglich in gleichem Maße Männer und Frauen an. Als problematisch erscheint allerdings, dass die Bereitschaft zur Kandidatur für eine kommunale Wählergemeinschaft wächst, wenn eine Person mit der Demokratie unzufrieden ist. Gleichzeitig gilt, dass eine nicht vorhandene Parteiidentifikation die Wahrscheinlichkeit, für eine kommunale Wählergemeinschaft zu kandidieren, erhöht. Hier scheint sich anzudeuten, dass diese Gruppierungen zum Teil auch von der Unzufriedenheit mit dem demokratischen System und den politischen Parteien profitieren. Ein Bedeutungsgewinn kommunaler Wählergemeinschaften auf lokaler Ebene könnte demzufolge zumindest teilweise die zunehmende Abkopplung der Bevölkerung von der repräsentativen Parteiendemokratie reflektieren.

Generell zeigt sich, dass Selbstständige und Personen mit einem hohen beruflichen Status eine etwas höhere Neigung zur Kandidatur auf kommunaler Ebene aufweisen, und zwar in Bezug auf beide hier untersuchten Gruppierungen. Dies deckt sich mit den üblichen Befunden der empirischen Partizipationsforschung, nach denen eine höhere individuelle Ressourcenausstattung einhergeht mit einer größeren Bereitschaft zu politischer Partizipation. Im kommunalen Bereich sollte aber nicht außer Acht gelassen werden, dass insbesondere Selbstständige, Freiberufler und Landwirte mit einer Kandidatur auf lokaler Ebene vermutlich auch ganz konkrete wirtschaftliche und persönliche Interessen verbinden, die sie im Rahmen ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit zu befördern versuchen. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass diese Personengruppe eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweist, sowohl für Parteien als auch für Wählergemeinschaften zu kandidieren. Analoges gilt für Personen mit einer starken Vereinsbindung, die ebenfalls häufiger zum flexiblen Potenzial gehören. Diese versuchen vermutlich, kommunale Entscheidungen im Interesse bestimmter Vereine zu beeinflussen. Nun ist es völlig legitim, im Rahmen einer kommunalpolitischen Tätigkeit auch persönliche, wirtschaftliche oder Vereinsinteressen zu verfolgen. Problematisch würde dies allerdings dann, wenn die Bevölkerung die lokalen Verantwortungsträger in erster Linie als Anwälte eigener Interessen und als nicht mehr gemeinwohlfähig wahrnimmt. Dies könnte die Legitimität der lokalen Demokratie nachhaltig beschädigen.

Tabelle 1: Die tatsächliche und potenzielle Kandidatur für politische Parteien und kommunale Wählergemeinschaften bei kommunalen Wahlen

	Politische Parteien			Kommunale Wählergemeinschaften		
	Tatsächlich	Potenziell	Gesamt	Tatsächlich	Potenziell	Gesamt
Ja	6,2	13,5	19,7	3,4	12,4	15,8
Nein	93,8	80,0	80,0	96,6	84,0	84,0
Trifft nicht zu	-,	6,2	-,	-,	3,4	-,
Weiß nicht/k.A.	0,0	0,3	0,3	0,0	0,2	0,2
N	3.002	3.002	3.002	3.002	3.002	3.002

Quelle: Eigene Erhebung.

Tabelle 2: Die Rekrutierungspotenziale von Parteien und kommunalen Wählergemeinschaften bei der Aufstellung von Listen für kommunale Wahlen (Bevölkerung insgesamt sowie in Abhängigkeit von einer formalen Parteimitgliedschaft)

	Gesamt	Parteimitgliedschaft		
		Aktuell	Ehemals	Noch nie
Partei-Potenzial	9,9	48,3	26,1	8,0
KWG-Potenzial	6,1	1,7	5,0	6,3
Flexibles Potenzial	9,6	16,7	17,2	9,0
Nicht-Mobilisierbare	74,0	33,3	51,1	76,3
Weiß nicht /k.A.	0,4	0,0	0,6	0,4
N	3.002	60	80	2.762

Quelle: Eigene Erhebung.

Tabelle 3: Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der verschiedenen Gruppen

	Partei-Potenzial	Flexibles Potenzial	KWG-Potenzial	Nicht-Mobilisierbare
<b>Geschlecht</b>				
Mann	65,7	61,2	48,9	45,0
Frau	34,3	38,8	51,1	55,0
	100,0	100,0	100,0	100,0
	$\chi^2=64,826; df=3; p < ,001$			
<b>Alter</b>				
Arithm. Mittel	51,5	50,1	46,7	51,3
	$F=5,6; df=3; p < ,001$			
<b>Abitur</b>				
Ja	67,4	77,0	62,9	52,2
Nein	32,6	23,0	37,1	47,8
	100,0	100,0	100,0	100,0
	$\chi^2=81,062; df=3; p < ,001$			
<b>Öffentlicher Dienst</b>				
Ja	40,7	26,6	30,6	29,6
Nein	59,3	73,4	69,4	70,4
	100,0	100,0	100,0	100,0
	$\chi^2=17,587; df=3; p < ,001$			
<b>Selbstständig</b>				
Ja	14,8	23,2	6,6	8,6
Nein	85,2	76,8	93,4	91,4
	100,0	100,0	100,0	100,0
	$\chi^2=66,758; df=3; p < ,001$			

Anmerkung: Eintragungen sind Prozentanteile.

Lesehilfe: Am Chi2-Wert lässt sich ablesen, ob ein Zusammenhang zwischen den beiden jeweils untersuchten Variablen besteht. Ist Chi2 größer als Null, dann besteht ein solcher Zusammenhang. Die Zahl der Freiheitsgrade df (degrees of freedom) ist abhängig von der Größe der Kreuztabelle und muss bei einem Signifikanztest des Chi2-Wertes (sogenannter Chi2-Test) berücksichtigt werden. An der Irrtumswahrscheinlichkeit p lässt sich dann ablesen, mit welcher Wahrscheinlichkeit sich ein beobachteter Chi-Wert in der Stichprobe zufällig ergibt, wenn in der Bevölkerung (Grundgesamtheit) in Wirklichkeit kein Zusammenhang zwischen den beiden untersuchten Variablen existiert. Bei allen hier untersuchten Zusammenhängen ist diese Wahrscheinlichkeit kleiner als 0,1 Prozent. Es kann also mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die beobachteten Zusammenhänge nicht nur in der Stichprobe, sondern auch in der Bevölkerung existieren.

Quelle: Eigene Erhebung.

Tabelle 4: Determinanten der Bereitschaft, für eine Partei und/oder kommunale Wählergemeinschaft zu kandidieren (multinomiales Logit-Modell)

	KWG vs. Nicht	Partei vs. Nicht	flexibel vs. Nicht	Partei vs. KWG	flexibel vs. KWG	flexibel vs. Partei
Konstante	-3,91**	-5,62**	-6,19**	-1,71*	-2,28**	-,56
Geschlecht: Mann	-,01	,80**	,39*	,80**	,39	-,41*
Alter	-,01	-,02**	-,03**	-,01	-,02**	-,01
Bildung: Abitur	,09	,33	,46*	,25	,37	,12
ISEI	,02**	-,00	,02**	-,02**	,00	,02**
Öffentlicher Dienst	-,38	,66**	-,07	1,04**	,31	-,73**
Selbstständig	-,36	,59*	,64**	,94*	,99**	,05
Distanz zur Mitte	,08	,06	-,08	-,02	-,16*	-,14
Vereinsmitgliedschaften	,03	,09	,43**	,06	,40*	,34*
Pol. Interesse Lokal	,23*	,42**	,44**	,19	,21	,02
Pol. Interesse Land	,04	-,16	-,05	-,21	-,09	,11
Pol. Interesse Bund	-,07	,40**	,04	,47**	,11	-,36**
Demokratiezufriedenheit	-,31*	,11	,08	,42**	,39*	-,03
Parteiidentifikation	-,56**	-,09	-,08	,48*	,48*	,01
Internal Efficacy	,22**	,11**	,36**	-,11	,14*	,25**
External Efficacy	-,06	-,02	-,08	,04	-,03	-,07
Parteimitglied						
Aktuell	-,82	2,21**	,85	3,03*	1,67	-1,36**
Ehemalig	,00	1,34**	,82**	1,34**	,82	-,52
Noch nie	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
N	2.541					
Cox & Snell Pseudo-R <sup>2</sup>	20,8					

Anmerkung: \*: p < ,05; \*\*: p < 0,01.

Lesehilfe: Eintragungen sind Logitkoeffizienten. Diese geben an, um welchen Betrag sich die logarithmierten Odds (Logits) der jeweils untersuchten Gruppe im Vergleich zur angegebenen Referenzgruppe erhöhen, wenn sich die entsprechende unabhängige Variable um eine Einheit erhöht. Positive Werte bedeuten dabei, dass sich die Chance der Zugehörigkeit zur jeweils untersuchten Gruppe im Vergleich zur angegebenen Referenzgruppe erhöht. Negative Werte bedeuten, dass die Chance der Zugehörigkeit zur jeweils untersuchten Gruppe im Vergleich zur angegebenen Referenzgruppe sinkt.

Quelle: Eigene Erhebung.